

Patrick Köllner*

Nordkoreas Außen- und Sicherheitspolitik im Zeichen der Krisen**

1 Einleitung

Die Koreanische Demokratische Volksrepublik (kurz: KD-VR oder Nordkorea) scheint das bekannte Diktum zu bestätigen, dass Totgesagte länger leben. Seit dem Zusammenbruch des Ostblocks ist dem ostasiatischen Land mehrfach der Untergang vorausgesagt worden. Bisher konnte die Führung in Pyongyang alle derartigen Prophезеиungen Lügen strafen. Konfrontiert mit dem Verlust ehemaliger Bundesgenossen und der zentralen Leitfigur des Landes, Kim Il-sung, sowie einer schrittweise kollabierenden Wirtschaft, haben es Kim Jong-il und seine Gefolgsleute verstanden, Nordkorea mit Hilfe einer militanten Betteldiplomatie, internationaler Hilfsappelle, kalkulierter Provokationen und Verhandlungen am Rande des Abgrunds internationale Aufmerksamkeit und Unterstützung zukommen zu lassen und damit ihr eigenes Überleben zu sichern.¹ Pyongyang hat dabei geschickt seine geographische Position an der Schnittstelle der Groß- und Regionalmächteinteressen in Ostasien, sein damit verbundenes Destabilisierungspotenzial und die Furcht der Anrainerstaaten vor den Folgen eines Kollapses des Landes (Flüchtlingsströme, horrenden Kosten einer Wiedervereinigung, Verschiebungen des Kräftegleichgewichts in der Region etc.) genutzt. Zugleich hat Nordkorea versucht, seine zunehmende Isolierung und wirtschaftliche Schwäche durch die Erhöhung seines Abschreckungspotenzials – auch und gerade im nuklearen Bereich – zu kompensieren. Eine Trumpfkarte in diesem Zusammenhang ist die Angst des Westens und der Nachbarstaaten vor einer militärischen Kurzschlussreaktion der Führung in Pyongyang. Durch wiederholtes Säbelrasseln gepaart mit einer aggressiven Rhetorik hat Nordkorea derartige Ängste in den vergangenen Jahren bewusst genährt.

Zum besseren Verständnis der Außen- und Sicherheitspolitik Nordkoreas sollen in diesem Artikel zunächst einige zentrale interne Rahmenbedingungen sowie das veränderte Umfeld des Landes seit den frühen 90er Jahren erläu-

¹Siehe dazu Patrick Köllner, „Nordkorea“, in: Jürgen Bel- lers/Thorsten Brenner/Iris M. Gerke (Hrsg.), *Handbuch der Außenpolitik*, München-Wien 2001, S.966-972 und Samuel S. Kim, „North Korea and Northeast Asia in World Politics“, in: ders. und Tai Hwan Lee (Hrsg.), *North Korea and Northeast Asia*, Lanham u.a. 2002, S.3-58.

tert werden. In einem zweiten Schritt werden die Hintergründe der nordkoreanischen Atomwaffenprogramme und mögliche Optionen zum Umgang mit dieser Problematik diskutiert.

2 Interne Rahmenbedingungen der Außen- und Sicherheitspolitik Nordkoreas

Offiziell verfolgt Nordkorea im Rahmen seiner Außenpolitik – hierunter fallen aus Sicht Pyongyangs nicht die innerkoreanischen Beziehungen – die Ziele Unabhängigkeit, Frieden und Freundschaft. Bedeutsamer sind allerdings die „latenten“ Ziele Legitimität, Sicherheit und Entwicklung.² Ob und wie derartige Ziele in außenpolitische Strategien umgesetzt werden können, hängt neben externen Beschränkungen und Möglichkeiten auch von internen Faktoren in Form von Machtstrukturen oder vorherrschenden Leitbildern ab. Diesen internen Bedingungen kommt eine wesentliche Funktion als Filter sowohl bei der Wahl von außenpolitischen Handlungsoptionen als auch bei der Wahrnehmung der Außenwelt zu. Wichtige Rahmenbedingungen der nordkoreanischen Außenpolitik sind in diesem Zusammenhang die Charakteristika des politischen Regimes, die vorherrschende Sichtweise internationaler Beziehungen und bestehende Bedrohungsperzeptionen sowie die wirtschaftliche Situation des Landes.

Beginnen wir mit den Charakteristika des politischen Systems: Das politische Regime Nordkoreas kann als totalitär bezeichnet werden; alle politisch relevanten Organe sind de facto „gleichgeschaltet“ und folgen der Parteilinie bzw. dem, was dafür ausgegeben wird. Das nordkoreanische System ist gekennzeichnet durch die Kontrolle des Staates über alle politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Belange, eine damit verbundene Überwachungs- und Repressionsmaschinerie, den theokratisch anmutenden Kult um die Kim-Dynastie, eine eigenwillige Staatsideologie und schließlich eine umfassende Militarisierung der Gesellschaft. Bei einer Bevölkerung von offiziell 22 Millionen befinden sich etwa 1,2 Millionen Männer und Frauen ständig unter Waffen: Nordkorea ist damit der Inbegriff eines „Garnisonsstaates“.

An der Spitze des Staates steht seit 1998 offiziell Kim Jong-il, der neben dem Posten des Parteigeneralsekretärs auch den Vorsitz der Nationalen Verteidigungskommission bekleidet und damit Oberbefehlshaber des Militärs ist. Alle politische Macht läuft bei ihm zusammen. Kim ist von einem Beraterkreis, bestehend aus etwa 20 Personen umgeben, der sich aus Vertrauensleuten aus seiner eigenen Familie sowie Parteifunktionären und Militärs zusammensetzt. Stärker noch als sein Vater Kim Il-sung, der über großes Ansehen im Land verfügte, stützt sich Kim Jong-il auf das Militär, um das Überleben seines Regimes zu sichern. Diese enge Anbindung stellt für den Rest der Welt ein zweischneidiges Schwert dar. So muss Kim einerseits zwar stets die Wünsche des Militärs im Blick haben, andererseits wirkt die Anbindung auch stabilisie-

²Siehe dazu Byung Chul Koh, „Foreign Policy Goals, Constraints, and Prospects“, in: Han S. Park (Hrsg.), *North Korea: Ideology, Politics, Economy*, Englewood Cliffs 1996, S.177-181.

rend, verhindert sie doch eine uneingeschränkte Diktatur und damit verbundene einsame Entscheidungen.

Nordkoreas Betrachtung der internationalen Beziehungen fußt auf einer deutlich realpolitischen Sichtweise der Staatenwelt. Macht, Souveränität und Allianzen stellen dabei die zentralen Kategorien in der kognitiven Wahrnehmung und Bewertung internationaler Zusammenhänge dar. Zudem herrscht ein ausgeprägtes Freund-Feind-Denken vor. Mangelndes Verständnis für komplexe politische Zusammenhänge in pluralistisch geprägten Staaten oder supranationalen Organisationen einerseits sowie weltwirtschaftliche Verflechtungen und Wirkungszusammenhänge andererseits führen zuweilen zu Fehleinschätzungen der realen Gegebenheiten. Insbesondere die offizielle Propaganda der KDVR ist durchzogen von simplifizierenden Grundthesen und Verschwörungstheorien, des Öfteren gepaart mit deutlichen Bedrohungsängsten, die nur notdürftig durch eigene Drohgebärden kaschiert werden.

Bedroht sieht sich Nordkorea zum einen durch Südkorea, mit dem sich das Land zwischen 1950 und 1953 einen blutigen Bruderkrieg geliefert hat. Nur das Eingreifen der USA und weiterer, unter UN-Flagge versammelter Nationen auf Seiten des Südens und einer Million chinesischer „Freiwilliger“ auf Seiten des Nordens verhinderte, dass bereits damals die „koreanische Frage“ in die eine oder die andere Richtung gelöst wurde. Der Koreakrieg endete mit einem Waffenstillstand; ein Friedensvertrag zwischen den USA und Nordkorea oder aber zwischen den beiden koreanischen Staaten existiert bis heute nicht. In Pyongyang werden zudem auch in Bezug auf Japan – bei Unterstellung historischer Kontinuitäten – ausgeprägte militaristische und neoimperialistische Ambitionen ausgemacht. Mit beiden Ländern ist seit Anfang der 50er Jahre schließlich die eigentliche Nemesis Nordkoreas verbündet: die USA. Die dringen aus nordkoreanischer Sicht auf nichts weniger als ein Ende der KDVR.

Zu den Faktoren, welche die auswärtigen Beziehungen Nordkoreas beeinflussen, muss auch die wirtschaftliche Lage des Landes gezählt werden. Lag Nordkorea noch bis Ende der 60er Jahre/Anfang der 70er Jahre in industriell-technologischer Hinsicht vor dem Süden der Halbinsel, haben sich die Kräfteverhältnisse in der Zwischenzeit bekanntlich drastisch verändert. Nordkorea gilt heute als ein Entwicklungsland mit einem geschätzten Pro-Kopf-Einkommen von rund 760 US\$ (2002). Der schrittweise Kollaps der nordkoreanischen Wirtschaft seit 1990 spiegelt sich u.a. darin wider, dass die maroden Industrieanlagen des Landes nur noch rund 20% ihrer Kapazität erreichen (können). Die Nahrungsmittelversorgung des Landes ist schon aufgrund des Mangels an Saatgut und Düngemitteln, bei der Elektrizitätsversorgung für landwirtschaftliche Anlagen, wegen fehlender Ersatzteile für Traktoren und Maschinen sowie gravierender Probleme bei der Distribution nicht gesichert; seit 1995 fehlt Nordkorea jährlich mehr als eine Million Tonnen Getreide.³ Naturkatastrophen haben ihren Teil dazu beigetragen, dass das Land zwischen 1995 und 1998 von einer dramatischen Hungersnot heimgesucht wurde, der nach eigenen Anga-

ben 200.000, nach anderen Schätzungen bis zu 2 Millionen Menschen zum Opfer gefallen sind.⁴

Die politische Führung in Pyongyang hat auf die strukturellen Krisen der Wirtschaft und des Agrarsektors nach außen hin mit einer sehr beschränkten Öffnung (Gründung von Sonderwirtschaftszonen und ein Tourismusprojekt im Diamantengebirge) sowie wiederholten Hilfsersuchen an die internationale Gemeinschaft reagiert.⁵ Weitergehenden Maßnahmen steht sie jedoch schon aus ideologischen Gründen (und Befürchtungen) ablehnend gegenüber. Eine weitere Konsequenz der wirtschaftlichen Misere ist der Versuch Nordkoreas, durch den Export von Raketen, durch Drogenschmuggel und Falschgeldgeschäfte Devisen zu erwerben.⁶ So hat sich Pyongyang in den vergangenen Jahren als Lieferant von Kurzstreckenraketen in Krisengebiete (Pakistan, Jemen, Libyen, Syrien, Ägypten, Iran, Irak) hervorgetan und dabei Hunderte von Millionen Dollar verdient – ballistische Waffen sind de facto in den 90er Jahren zur wichtigsten Devisenquelle Nordkoreas geworden.

3 Nordkoreas verändertes Umfeld seit den 90er Jahren

Nordkorea bewegt sich seit den frühen 90er Jahren in einem Umfeld, für das die Beschreibung „schwierig“ wie ein Euphemismus erscheint. Wenn auch die Führung in Pyongyang in den vier Jahrzehnten seit der Staatsgründung stets auf ein gutes Maß an politischer Autonomie gegenüber den beiden großen „Bruderstaaten“, der UdSSR und der VR China, bedacht war, bot doch die Zugehörigkeit zum kommunistischen Lager neben manifesten wirtschaftlichen Vorteilen, politischer Solidarität und militärischer Sicherheit auch einen Rahmen für geistig-ideologische Verortung, Selbstvergewisserung und ein – wie stark auch immer ausgeprägtes – Zugehörigkeitsgefühl. Mithin lag hier eine Grundlage der Identität Nordkoreas.

Diese Basis wurde dem Land durch den Zusammenbruch des Ostblocks, das Ende der Sowjetunion und die wirtschaftliche sowie außenpolitische Neuorientierung der VR China entzogen. Nordkorea ist in der Folge wieder verstärkt auf sich allein gestellt, schlimmer noch: Aus seiner Sicht wurde es von den im ideologischen Sinne abtrünnig gewordenen Bundesgenossen in Moskau und Beijing verraten, die obendrein noch dem wirtschaftlich potenten Süden der Halbinsel den Hof machten. Das Auslaufen des Freundschafts- und Beistandsabkommens mit Moskau 1996 (im Oktober 2000 trat ein bilateraler Freundschafts- und Kooperationsvertrag ohne Beistandsklausel in Kraft) war eine logische Konsequenz der veränderten politischen Großwetterlage. Auch auf die oftmals be-

⁴Siehe dazu Andrew S. Natsios, *The Great North Korean Famine*, Washington D.C. 2001.

⁵2001/2002 erhielten 6,4 Mio. Nordkoreaner, d.h. rund ein Drittel der Bevölkerung, Lebensmittelhilfe vom World Food Program.

⁶Zur Außenwirtschaftspolitik Nordkoreas siehe ausführlicher Marcus Noland, „North Korea's External Economic Relations: Globalization in 'Our Own Style'“, in: Kim und Lee, Fn. 1, S.165-193 und Bernhard Seliger, „Die nordkoreanischen Sonderwirtschaftszonen – eine Wiederholung des chinesischen Erfolgsmodells?“, in: Patrick Köllner (Hrsg.), *Korea 2003 – Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, Hamburg 2003, S.262-285.

schworene „Lippen-und-Zähne-Beziehung“ zu Beijing war aus Sicht Pyongyangs kein wirklicher Verlass mehr; zu sehr war die VR China infolge ihrer „kapitalistischen“ Öffnung, der expandierenden Handels- und Investitionsverbindungen mit Südkorea sowie der Erwärmung der Beziehungen zu den USA suspekt geworden (siehe dazu auch unten).

Gleichzeitig musste Nordkorea in den 90er Jahren nicht nur zusehen, wie Deutschland auf Basis einer Absorption des ehemals kommunistischen Teils vereinigt wurde, sondern auch, wie die Wirtschaft Südkoreas und damit das internationale Ansehen des Landes stetig wuchs. Daneben trug die „Nordpolitik“ des Südens reiche Früchte in Form der Herstellung diplomatischer Beziehungen zu den Ländern Ost- und Südosteuropas und schließlich 1992 sogar zur VR China. Schließlich konnte Südkorea als junge Demokratie auch seine politischen Beziehungen mit Westeuropa vertiefen. Demgegenüber musste sich der Norden mit gelegentlichen Grußadressen oder Glückwunschschaften anderer „Paria-Staaten“ oder Nationen von zweifelhaftem internationalen Gewicht wie Kambodscha oder Guinea-Bissau begnügen – jedenfalls bis zur Aufnahme zahlreicher neuer diplomatischer Beziehungen (u.a. mit Deutschland und mit der EU, bislang aber nicht mit den USA und Japan) im Gefolge der Entspannungspolitik des südkoreanischen Staatspräsidenten Kim Dae-jung (1998-2003).

Mit dem überraschenden Tod des Staatsgründers Kim Il-sung im Juli 1994 wurde Nordkorea auch noch seiner überragenden politischen Leitfigur beraubt. Diplomatisch isoliert und ständig mit neuen Hiobsbotschaften konfrontiert, musste die Führung in Pyonyang ihre Außen- und Sicherheitspolitik neu justieren. Im Folgenden sollen in diesem Zusammenhang zunächst Nordkoreas wichtigste außenpolitische Beziehungen, nämlich die zur VR China und zu den USA, beleuchtet werden.

4 Nordkoreas Beziehungen zur VR China

Sah es nach dem Zusammenbruch der UdSSR zunächst so aus, als wäre die VR China das einzige Land, auf das sich Nordkorea noch verlassen konnte, wuchsen auch hier in der Folge die Zweifel. Die im Koreakrieg „in Blut besiegelte“ Beziehung zwischen den beiden Staaten existiert sicherlich nicht mehr, zumal mit dem Aussterben der alten Kriegsveteranen-Generation in Nordkorea und China wichtige persönliche Bande abrissen. Zudem bestehen schon angesichts der sich weiterhin dynamisch entwickelnden Wirtschaftsbeziehungen zwischen Beijing und Seoul in Pyonyang Zweifel an der Zuverlässigkeit des großen Nachbarn.

Auch Beijings Versuche, Nordkorea Wirtschaftsreformen nach chinesischem Modell schmackhaft zu machen, sind nicht eben auf fruchtbaren Boden gefallen. Entsprechende Reformen wären aus Beijings Sicht nicht nur im eigenen Interesse der KDVR und seiner Bevölkerung, sondern könnten auch dazu beitragen, das Problem der bis zu 250.000 nordkoreanischen Flüchtlinge in der Nordostregion der VR China zu lösen. Diese Flüchtlingsströme führen zu einer Reihe von sozialen Problemen, die bei ei-

nem Kollaps der KDVR und den damit voraussehbaren Massenwanderungen eskalieren könnten.

Insgesamt haben die Beziehungen zwischen Beijing und Pyonyang in den 90er Jahren einen guten Teil ihres traditionell eher freundschaftlichen Charakters eingebüßt. Erst der Kosovo-Krieg und die amerikanische Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad 1999 ließen beide Staaten wieder enger zusammenrücken. Letzten Endes liegt es weder im Interesse der VR China noch im Interesse Nordkoreas, das Verhältnis deutlich abkühlen zu lassen: Nordkorea ist von China sowohl in wirtschaftlicher Hinsicht⁷ als auch in Bezug auf internationale Rücken- deckung, etwa im UN-Sicherheitsrat, zu sehr abhängig, dagegen muss China seinerseits ein Interesse daran haben, den Einfluss auf den Konfliktherd an seiner Nordostflanke nicht zu verlieren. Beide Staaten sind daher bemüht, ein Mindestmaß an Kooperation und Kontinuität, auch und gerade im militärischen Bereich, aufrechtzuerhalten, um flexibel auf Entwicklungen reagieren zu können.

Wie nahezu alle Staaten in der Region hat die VR China kein Interesse an einem Zusammenbruch Nordkoreas, der neben den zu erwartenden kurzfristigen Problemen auch zu einem vereinigten, mit den USA verbündeten Korea führen könnte. Allerdings ist Beijing auch nicht an einer schwer zu kontrollierenden Atommacht Nordkorea interessiert, die unter bestimmten Umständen eine nukleare Aufrüstung Japans nach sich ziehen könnte. China versucht vor dem Hintergrund dieses Dilemmas, einerseits eine vollständige Isolierung Nordkoreas zu verhindern, andererseits durch mehr oder weniger subtilen Druck (im Frühjahr 2003 wurde wegen „technischer Schwierigkeiten“ eine wichtige Pipeline zwischen der VR China und der KDVR kurzzeitig unterbrochen) mäßigend auf Pyonyang einzuwirken. Die Führung in Nordkorea ist ihrerseits bemüht, Autonomie gegenüber Beijing zu bewahren und vor allem ein Maximum an kostenlosen oder vergünstigten Hilfsleistungen in verschiedenen Bereichen zu erhalten. Pyonyang steht dabei vor der ständigen Herausforderung, die Geduld seines großen Nachbarn nicht überstrapazieren, da ein Stopp oder auch nur eine Reduzierung der Lieferungen aus der VR China existenzbedrohende Folgen hätte.

5 Nordkoreas Beziehungen zu den USA

Die Beziehungen zu Washington haben in den 90er Jahren für Pyonyang deutlich an strategischer Bedeutung gewonnen: Die USA stellen für Nordkorea das einzige Land dar, das potenziell sowohl die Sicherheitsgarantie als auch die materielle Unterstützung bieten kann, die früher von Moskau und Beijing ausging. Stellte anderherum betrachtet Nordkorea für die USA lange Zeit wenig mehr als eine Irritation mit regional beschränkter Ausstrahlung dar, änderte sich dies in den 90er Jahren: Durch Nordkoreas Nuklearprogramm und die Entwicklung ballistischer Trägersysteme entstand die Gefahr, dass

⁷Die VR China ist Nordkoreas wichtigster Wirtschaftspartner. 2000 und 2001 stammte jeweils über ein Drittel der Importe Nordkoreas aus der VR. Hinzu kommen nichtdeklarierte Lieferungen und ein florierender Grenzschmuggel.

das Land den nuklearen Nichtverbreitungsvertrag verletzen und zum Raketenlieferanten für Krisengebiete werden könnte. Nordkorea wurde so von einem peripheren Problem zu einer Bedrohung der internationalen Interessen Washingtons.

Das Land geriet in der Folge immer mehr in den Fokus der US-Diplomatie. Die Entdeckung einer Plutoniumfabrik in Yongbyon und die anschließende (später widerrufene) Ankündigung Nordkoreas im März 1993, aus dem Atomwaffensperrvertrag auszuscheiden, riefen die USA endgültig auf den Plan, ging es hier doch darum, einen gefährlichen Präzedenzfall zu verhindern. Zeitweilig standen die USA und Nordkorea an der Schwelle zu einem erneuten Waffengang auf der koreanischen Halbinsel; den Vermittlungsbemühungen des ehemaligen US-Präsidenten Jimmy Carter war unter anderem zu verdanken, dass das Schlimmste noch einmal abgewendet werden konnte.⁸ Ergebnis der folgenden Verhandlungen zwischen Washington und Pjöngjang war im Oktober 1994 die Unterzeichnung des „Agreed Framework“, welches bei dem Einfrieren des bestehenden nordkoreanischen Atomprogramms im Gegenzug die Bereitstellung von zwei Leichtwasserreaktoren im Jahre 2003 und in der Zwischenzeit die Lieferung von Schweröl vorsah. Zur Umsetzung des Vertragswerks wurde die Korean Peninsula Energy Development Organization (KEDO) gegründet, deren Hauptkosten Südkorea und Japan tragen, der aber auch andere Staaten und die EU angehören. Spätestens ab 1998 war allerdings klar, dass der KEDO-Zeitplan angesichts mannigfaltiger Schwierigkeiten und Zwischenfälle nicht eingehalten werden konnte; Anfang 2003 lag der Bau der Leichtwasserreaktoren bereits rund fünf Jahre hinter dem ursprünglich anvisiertem Datum zurück.

Das „Agreed Framework“ bildete den Auftakt zu intensivierten Kontakten und Verhandlungen zwischen den USA und Nordkorea, welche sich in der Folge auf verschiedene Sachgebiete, wie etwa die Rückgabe der Überreste von im Koreakrieg gefallenen US-Soldaten, und Foren, wie die zwischen 1997 und 1999 abgehaltenen Vier-Parteien-Gespräche unter Einschluss Südkoreas und der VR China, erstreckten. Nordkorea nutzte den neu gewonnenen Spielraum, um diplomatische Zugeständnisse (partielle Aufhebung von Wirtschaftssanktionen) und humanitäre Hilfe der USA (fast 2 Mio. Tonnen Getreide zwischen 1995 und Frühjahr 2003) zu erreichen. Pjöngjang willigte seinerseits im Herbst 1999 in ein Raketentestmoratorium ein. Mit der damaligen Außenministerin Madeleine Albright besuchte im Oktober 2000 die bis dato ranghöchste Vertreterin einer US-Regierung Pjöngjang. Selbst ein Gipfeltreffen zwischen US-Präsident Bill Clinton und Kim Jong-il und ein damit verbundenes Abkommen über die Einstellung nordkoreanischer Raketenexporte schien zeitweilig in Reichweite, konnte letztlich aber nicht mehr realisiert werden.

Mit dem Einzug von George W. Bush in das Weiße Haus verstrich dann die Gelegenheit für Nordkorea: Die neue republikanische Regierung setzte auf eine härtere Gangart gegenüber Pjöngjang. In der Folge ging nicht nur das Momentum in den Beziehungen zwischen den

USA und Nordkorea verloren, sondern auch der Kooperationsprozess zwischen den beiden koreanischen Staaten, deren Führer im Juli 2000 zu einem historischen Gipfel zusammengekommen waren, geriet vollends ins Stocken. Einen neuen Tiefpunkt erreichten die Beziehungen zwischen Pjöngjang und Washington, nachdem US-Präsident Bush im Rahmen seiner Ansprache an die Nation im Januar 2002 Nordkorea mit dem Iran und dem Irak in eine „Achse des Bösen“ eingereiht hatte. Im Oktober desselben Jahres konfrontierten die Amerikaner Pjöngjang mit Beweisen für ein neues, geheimes Atomprogramm (diesmal auf der Basis angereicherter Urans⁹), was die nordkoreanische Führung auch offen eingestand. Unklar blieb, ob Nordkorea sich von seiner neuen „Beichtdiplomatie“ (bereits einen Monat zuvor hatte Kim Jong-il bei einem Gipfeltreffen mit dem japanischen Premier Junichiro Koizumi die Verschleppung japanischer Staatsbürger in den 70er und 80er Jahren zugegeben) neue Zugeständnisse erhoffte. In jedem Fall weigerten sich die USA zunächst, auf eine erneute „nukleare Erpressung“ einzugehen, sahen aber andererseits zu – schon angesichts der Irak-Frage –, dass die Krise nicht in einem offenen Konflikt eskalierte.

Welcher Lösung die erneute Nuklearkrise auch immer zugeführt wird (siehe dazu unten), Fakt bleibt, dass die USA für Nordkorea auch weiterhin von eminenter Bedeutung bleiben. Nur die USA können die Sicherheit Nordkoreas garantieren und dem Land – durch die Streichung von der „Terrorismus-Sponsoren“-Liste des State Department – den Weg in internationale und regionale Organisationen wie die Weltbank und die Asiatische Entwicklungsbank und damit zu umfassender finanzieller Hilfe freimachen. Nordkorea wird mithin weiter versuchen, seinen wichtigsten Zielen gegenüber den USA – ein Friedensvertrag und die Aufnahme diplomatischer Kontakte und umfassender Wirtschaftsbeziehungen – näher zu kommen.

6 Nordkoreas Griff nach der Bombe: Hintergründe und mögliche Reaktionen

Warum, so muss angesichts der erneuten Nuklearkrise auf der koreanischen Halbinsel gefragt werden, ist das ohnehin hoch gerüstete Nordkorea, das auch über biologische und chemische Waffen verfügt, überhaupt am Besitz von Atomwaffen interessiert? Die Frage nach der Entwicklung von Atomwaffen lässt sich primär über die Bedrohungsperzeptionen Nordkoreas (siehe dazu oben) und die zunehmende wirtschaftliche Schwächung des Landes erklären. Zur Beunruhigung Nordkoreas haben naturgemäß auch das Ende des militärischen Beistandspaktes mit Russland und die zumindest fragwürdige Beistandswilligkeit Chinas beigetragen. Vor diesem Hintergrund bringt der Besitz von Atomwaffen aus Sicht Pjöngjangs nicht nur Prestige im In- und Ausland, sondern stellt auch die billigste Art der Abschreckung dar. Angesichts der erwähnten Bedrohungsperzeptionen und zunehmender wirtschaftlicher Schwäche kann der nordkoreanische Versuch,

⁸Siehe dazu Don Oberdorfer, *The Two Koreas. A Contemporary History*, Reading MA 1997, Kapitel 13.

⁹Siehe dazu im einzelnen Sebastian Harnisch, „Nordkoreas nukleare Waffenprogramme“, in: *Österreichische Militärische Zeitschrift*, 2/2003, www.bmlv.gv.at/omz/ausgaben/artikel.php?id=96.

Atomwaffen zu entwickeln, als primär defensives und realpolitisch motiviertes Verhalten interpretiert werden. Für offensive Operationen sind einige Nuklearwaffen ohnehin nur von beschränktem Nutzen, da sie kaum gezielt gegen militärische Objekte eingesetzt werden können und ihr Einsatz zudem die Gefahr einer nuklearen Vergeltung birgt. Auch in Pyongyang ist man sich darüber im Klaren, dass ein militärischer Angriff gegen den Süden – schon aufgrund der Involvierung der USA – zur eigenen Vernichtung führen würde.¹⁰

Nachdem Nordkorea bei seinem erneuten, wohl bereits 1998 begonnenen Nuklearprogramm ertappt worden war, erhöhte die Führung in der Folge ihren Einsatz und begann damit, die eingemottete Anlage in Yongbyon wieder in Betrieb zu nehmen und kündigte schließlich sogar den Atomwaffensperrvertrag auf. Obgleich Pyongyang zunächst auf bilateralen Gesprächen mit den USA über die Nuklearfrage bestanden hatte, einigte man sich schließlich auf einen trilateralen Dialog unter Einschluss der VR China. Ein erstes Treffen in Beijing im April 2003 führte zu keinen konkreten Ergebnissen. Allerdings erklärte der nordkoreanische Delegationsführer am Rande der Gespräche, dass Nordkorea bereits im Besitz von Atomwaffen sei.¹¹ Zu verifizieren ist diese Aussage, die in der Folge wieder zurückgenommen wurde, nicht. Einigkeit besteht allein darüber, dass Nordkorea über genügend waffenfähiges Plutonium verfügt, um ein bis zwei Atomwaffen zu bauen. Bei einer Wiederinbetriebnahme der Aufbereitungsanlage in Yongbyon könnte Nordkorea zudem binnen eines Jahres genügend Spaltmaterial für ein weiteres halbes Dutzend Nuklearwaffen gewinnen.

Egal, ob Nordkorea nun bereits tatsächlich im Besitz von Atomwaffen ist oder nicht, stellt sich die Frage, was die politische Führung in Pyongyang letztlich mit den Nuklearwaffen anfangen will. Sicherlich sollen diese zunächst das Abschreckungspotenzial des Landes erhöhen. Und in den vergangenen vier Jahrzehnten, so lässt sich aus nordkoreanischer Sicht festhalten, hat das Prinzip der Abschreckung gegenüber dem Süden und den USA auch bestens funktioniert. Fraglich ist allerdings, ob Nordkorea im Gegenzug für diplomatische Zugeständnisse, Sicherheitsgarantien und wirtschaftliche Unterstützung auf seine Nuklearwaffenprogramme verzichten würde. Während skeptische Beobachter davon ausgehen, dass nichts die Führung in Pyongyang dazu veranlassen könnte, Atomwaffen als „strategische Kompensation“ der überlegenen Wirtschaftsmacht und moderneren konventionellen Waffentechnik des Südens aufzugeben, halten es optimistischere Beobachter für möglich, dass Nordkorea auf Atomwaffen verzichtet, wenn als Gegenleistung das Überleben des Staates sichergestellt würde.¹²

Eine weitere Frage, die sich im Zusammenhang mit den nordkoreanischen Atomwaffenprogrammen ergibt, ist,

ob ein Einsatz derartiger Waffen durch Pyongyang überhaupt vorstellbar ist. Schließlich würde ein Angriff Nordkoreas auf den Süden und/oder die amerikanischen Streitkräfte in der Region wie erwähnt nahezu zwangsläufig zur eigenen Vernichtung führen. Optimisten verweisen denn in diesem Zusammenhang auch gerne darauf, dass der den Freuden des Lebens zugeneigte Kim Jong-il wohl kaum sehenden Auges sein eigenes Ende heraufbesören würde. Andere Analytiker argumentieren demgegenüber, dass Nordkorea zum letzten Mittel eines Militärschlages konventioneller und/oder nuklearer Art greifen könnte, wenn klar wäre, dass es ohnehin keine Chance mehr auf ein Überleben des Regimes geben würde. Derart in die Ecke gedrängt, könnte die Führung in Pyongyang, so die Argumentation, nach dem Prinzip „Alles oder nichts“ verfahren. Die Handlungsempfehlung, die sich aus diesem nicht gänzlich von der Hand zu weisenden Risiko ableiten lässt, lautet, Nordkorea im Rahmen einer Einbindungspolitik Anreize zum Erhalt des Status quo (einer friedlichen Koexistenz der beiden koreanischen Staaten) zu geben. Eine Einbindungspolitik könnte zudem dazu beitragen, eine Weitergabe von nuklearem Waffenmaterial an noch weitaus weniger kontrollierbare Terrorgruppen zu verhindern, Befürchtungen auf Seiten der nordkoreanischen Bevölkerung abzubauen (und damit eine spätere Vereinigung der beiden koreanischen Staaten zu erleichtern) und im Falle des Scheiterns einer Einbindung ein gemeinsames Vorgehen aller beteiligten Staaten in der Region zu erleichtern.¹³

Was bedeutet eine derartige Einbindungspolitik konkret angesichts der nordkoreanischen Atomwaffenprogramme? Sie bedeutet erstens, auf andere mögliche Optionen zunächst zu verzichten. Derartige Optionen bestehen zum einen in einem US-Militärschlag gegen bestehende Atomanlagen, um der entsprechenden Bedrohung den Boden zu entziehen. Diese militärische Option würde aller Wahrscheinlichkeit nach negative Auswirkungen auf die amerikanischen Beziehungen zur VR China, zu Russland und zu Japan haben und könnte die amerikanisch-südkoreanische Sicherheitsallianz unterminieren. Zudem besteht die Gefahr eines nordkoreanischen Artillerie-Gegenschlags und damit verbundener verheerender Zerstörungen und Verluste an Menschenleben im Süden der Halbinsel.

Eine zweite denkbare, aber ebenfalls derzeit nicht empfehlenswerte Option besteht in dem Versuch, durch wirtschaftliche Strangulation (Sanktionen und Handelsblockaden) den Kollaps des Regimes und/oder einen Regimewechsel zu bewirken. Eine solche Vorgehensweise würde die Mitwirkung der Nachbarstaaten, vor allem aber der VR China, voraussetzen, die allerdings allesamt kein Interesse an einem Zusammenbruch Nordkoreas haben. Zudem muss ein Zusammenbruch der Wirtschaft nicht automatisch auch zu einem Kollaps des Regimes führen. Und schließlich steigt das Risiko, dass sich eine derart unter Druck gesetzte Führung in Nordkorea dazu entscheiden könnte, sich mit einem „Knall“ von der Weltbühne zu verabschieden.

¹⁰Siehe dazu z.B. David C. Kang, „North Korea: Deterrence through Danger“, in: Muthiah Alagappa (Hrsg.), *Asian Security Practice: Material and Ideational Influences*, Stanford 1998, S.234-263.

¹¹Für eine chronologische Übersicht der Ereignisse siehe BBC, „Timeline: North Korean Nuclear Crisis“, news.bbc.co.uk/1/hi/world/asia-pacific/2604437.stm.

¹²Siehe hierzu ausführlicher C. S. Eliot Kang, „North Korea's Security Policy: Swords into Plowshares?“, in: Kim und Lee, Fn. 1, S.195-215.

¹³Siehe hierzu die entsprechende Argumentation von Victor D. Cha, „Assessing the North Korean Threat: The Logic of Preemption, Prevention and Engagement“, in: Kim und Lee, Fn. 1, S.217-248.

Die im Sinne einer Einbindungspolitik attraktivste Option besteht demgegenüber darin, Nordkorea im Rahmen einer Paketlösung zu einer verifizierbaren Aufgabe seines Nuklearprogramms und möglichst auch zu einer Reduzierung seines konventionellen sowie biologischen und chemischen Waffenarsenals zu bewegen. Elemente einer solchen Paketlösung könnten sein:

- 1) ein formaler Friedensvertrag zwischen den USA und Nordkorea (mit oder ohne zusätzliche Sicherheitsgarantien);
- 2) die Ermöglichung des Eintritts Nordkoreas in internationale und regionale Organisationen und damit der Zugang zu Finanzmitteln und Expertise;
- 3) internationale Unterstützung beim Wiederaufbau der maroden Energiewirtschaft Nordkoreas (Instandsetzung von Bergwerken, Leitungssystemen für Elektrizität etc.) sowie möglichst
- 4) die Aufgabe nördkoreanischer Raketenexporte und
- 5) reziproke Truppenreduzierungen und Verringerung der militärischen Kapazitäten in beiden koreanischen Staaten.

Zentrale Voraussetzung für eine solche Option ist (neben dem notwendigen politischen Gestaltungswillen aller Beteiligten) die Bereitschaft Nordkoreas, tatsächlich auf seine Atomwaffenprogramme zu verzichten. Ob Pyongyang hierzu bereit ist, ist wie oben erwähnt allerdings fraglich. Letztlich kann diese entscheidende Frage nur in umfassenden Gesprächen und Verhandlungen geklärt werden. Schon aus diesem Grund scheint eine Fortsetzung des Dialogprozesses unabdingbar.

* Dr. Patrick Köllner ist wissenschaftlicher Referent am Institut für Asienkunde mit Zuständigkeit für Politik Japans und die koreanische Halbinsel.
E-mail: koellner@ifa.duei.de.

** Dieser Artikel erschien zunächst in *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft B 35-36/2003 vom 25.8.2003, und wird hier mit freundlicher Genehmigung der Bundeszentrale für politische Bildung nachgedruckt. Nach Beendigung des Manuskripts fanden in Beijing multilaterale Gespräche zur Nuklearproblematik statt, die allerdings nichts an den Aussagen des Artikels ändern. Zu den Gesprächen siehe *China aktuell*, 2003/8, Ü 1.